

Positionspapier

Digitalisierung für KMU

I. Forderungen des sgv

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv betrachtet die Digitalisierung als ein prioritäres Thema im Bereich seiner strategischen Ziele zugunsten der KMU. Die Digitalisierung oder digitale Transformation betrifft nicht nur die Informatik, sondern alle internen Prozesse und sämtliche KMU-Geschäftsmodelle. Der sgv räumt dem Thema deshalb hohe Priorität ein und hat in seiner Charta zur Digitalisierung für KMU bereits sieben Forderungen formuliert:

- **Senkung des administrativen Aufwands für KMU durch digitalen Wandel;**
- **Stopp für neue Regulierung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften dank Digitalisierung;**
- **Flexibilisierung des Arbeitsmarkts durch Digitalisierung;**
- **Digitale Authentifizierung zur Beschleunigung administrativer Prozeduren;**
- **Förderung der digitalen Infrastruktur und Standards durch freie Marktwirtschaft;**
- **Unabhängigkeit bei der digitalen Weiterentwicklung von Ausbildungen;**
- **Intensivierung der Bekämpfung von Cyberkriminalität.**

Der sgv sieht sich bei der Schaffung eines KMU-freundlichen Umfelds als Zugpferd, damit die KMU die Entwicklung ihrer unternehmerischen Strategien auf das Zeitalter der digitalen Transformation abstimmen und vorantreiben können.

II. Ausgangslage

Der sgv stellt fest, dass die Digitalisierung für die Weiterentwicklung von KMU unerlässlich ist. Zwar werden in diesem Kontext häufig die GAFA (Google, Apple, Facebook und Amazon) als grosse Plattform-Player genannt. Doch die KMU müssen den Vergleich nicht scheuen, auch wenn der Fortschritt der Digitalisierung je nach Branche, Unternehmensgrösse, Finanzierungsmöglichkeiten und Know-how variiert. Dies umso mehr, als dass Digitalisierung mit der Entwicklung verschiedenster Lösungen und Optimierungen als Antwort auf die Bedürfnisse von Unternehmen und Akteuren definiert werden sollte. Die digitale Transformation bietet die Chance, eine «Bottom-up»-Bewegung in Gang zu setzen, bei der sich KMU als führende Akteure positionieren können.

Die digitale Transformation erlaubt die Optimierung von Prozessen auf sämtlichen Ebenen. Es liegt für den sgv daher auf der Hand, dass die Digitalisierung erhebliche Potenziale für die Umsetzung seiner Strategien im Interesse der KMU-Politik birgt. Die beiden Hauptziele der KMU-Politik bleiben gleich und können durch die Digitalisierung uneingeschränkt weiterverfolgt werden. Erstens geht es darum, die unternehmerische Freiheit zu stärken und zu erweitern, damit die KMU ihr Potenzial für die digitale Transformation in einer freien Marktwirtschaft entfalten können. Zweitens muss die Digitalisierung als Mittel zur Prozessoptimierung die Einführung einer Regulierungskostenbremse fördern, um aktuelle

und zukünftige Regulierungskosten zu senken. Damit ist klar, dass die digitale Transformation mit ihrer Relevanz für KMU, die Mitgliedsorganisationen und ihrer mittel- und langfristigen strategischen Bedeutung die Kriterien erfüllt, als prioritäres Thema behandelt zu werden.

Das Besondere an der Digitalisierung ist zudem, dass sie als wichtiger Motor die KMU-Politik des sgv vorantreibt und so zur Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für KMU beiträgt. So wie die KMU-Politik den Akzent gleichzeitig auf mehrere prioritäre Themen legt, so wird die Digitalisierung diese anderen prioritären Themen auch mehr oder weniger stark vorwärtsbringen, sei es die Berufsbildungspolitik, die Wirtschaftspolitik, die Energie- und Klimapolitik, die Mobilitäts- und Raumentwicklungspolitik, die Finanz- und Steuerpolitik oder die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

III. Generelle Beurteilung der Vorlage

In Anbetracht der Bedeutung der Digitalisierung für die mittel- und langfristige Strategie der KMU beschliesst der sgv, das Dossier Digitalisierung im Rahmen seiner strategischen Ziele als Schwerpunktthema zu behandeln. Für die Umsetzung der Charta zur Digitalisierung für KMU, die von der Schweizerischen Gewerbekammer bereits genehmigt und am Schweizerischen Gewerkekongress 2020 vorgestellt wurde, setzt der sgv eine spezielle Arbeitsgruppe für die Digitalisierung ein. Diese Arbeitsgruppe erlaubt es dem sgv insbesondere, auf politischer Ebene die Vorteile des digitalen Wandels für die KMU-Politik zu verteidigen. Damit will der sgv im Bereich der Politik der digitalen Transformation eine führende Rolle übernehmen.

Mit den Forderungen der Charta zur Digitalisierung der KMU wurden die wichtigen Baustellen der Digitalisierung bereits definiert. Die Ziele: Die Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der Umsetzung der in der Charta festgelegten Forderungen zugunsten der KMU. Diese Forderungen lassen sich in vier grosse Kategorien unterteilen.

Die Hochtechnologien für KMU fördern: Die Digitalisierung bezieht sich auf den Prozess, dank dem die KMU alle verfügbaren digitalen Technologien in ihre Geschäftstätigkeit integrieren können. Es gilt, diese Innovationen zu unterstützen und zu fördern. Es bieten sich den KMU hier Lösungen, um ihre Verkaufstätigkeit zu optimieren, besser auf die Kundenbedürfnisse einzugehen und vor allem, um zum richtigen Zeitpunkt adäquat zu informieren.

Die Gefahren der Cyberkriminalität begrenzen: Die digitale Transformation impliziert die direkte Verknüpfung zahlreicher Prozesse via Internet. Dies verlangt nach einer besonders guten Sicherung der digitalen Infrastruktur, zumal ein wachsender Teil des Handels und der Prozesse auf das Internet angewiesen ist. Die KMU brauchen, dass das Nationale Zentrum für Cybersicherheit auf ihre Bedürfnisse eingeht.

Den administrativen Aufwand der KMU senken und die Cyberverwaltung beschränken: Die Digitalisierung erfordert mehr Effizienz in der öffentlichen Verwaltung, damit einerseits der administrative Aufwand für die KMU reduziert und andererseits die öffentliche Verwaltung schlanker gemacht werden kann. Hier muss insbesondere darauf hingewirkt werden, dass die durch die Digitalisierung eröffneten Möglichkeiten nicht Tür und Tor für einen uferlosen Ausbau der Cyberverwaltung und der Kontrollinstanzen öffnen. Im Bestreben, das wirtschaftliche Gewicht des Staates zu reduzieren, muss der sgv auf die Effizienz der Instrumente pochen.

Vorteilhafte Rahmenbedingungen für die KMU fördern: Da der digitale Wandel die Funktionsweise der Wirtschaft verändert, müssen auch die gesetzlichen Grundlagen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Dank der digitalen Transformation können feinere und auf die realen Bedürfnisse von heute abgestimmte Regulierungen ins Auge gefasst werden, sei es mit der e-ID, der Flexibilisierung des Arbeitsrechts oder dem Umweltmanagement. Es gibt eine reiche Palette an Möglichkeiten und es

geht nicht an, dass veraltete Gesetzesgrundlagen einer vollen Ausschöpfung dieses Potenzials entgegenstehen.

Zurzeit scheinen indessen drei Forderungen prioritär zu sein. Daher ist der sgv gefordert, sich hier noch mehr einzubringen und durch vermehrte parlamentarische Interventionen für die Digitalisierung der KMU konstruktive Lösungsansätze zu präsentieren. Es geht insbesondere um die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts durch Digitalisierung, die Senkung des administrativen Aufwands der KMU durch digitalen Wandel und die Bekämpfung der Cyberkriminalität. In Bezug auf den Arbeitsmarkt fordert der sgv Gesetzesanpassungen, die der neuen Realität der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter (Telearbeit, Homeoffice) Rechnung tragen: beispielsweise durch mehr Flexibilität in der Organisation der Arbeitszeit. Der aktuelle Trend geht in Richtung mehr Freiheit und Verantwortung für die Arbeitnehmenden. Im Übrigen gilt es, den administrativen Aufwand der KMU dank zunehmendem Einsatz digitaler Mittel drastisch zu senken. Da die KMU eine Vereinfachung bzw. Standardisierung der Verfahren wünschen, wird der sgv Verbesserungen vorschlagen, die in diesem Sinne durch die Digitalisierung bewirkt werden können. Schliesslich läuft die digitale Wirtschaftskriminalität der analogen zunehmend den Rang ab. Sie birgt umso grössere Gefahren, als die digitale Transformation wirksam ist und eine wachsende Zahl von Prozessen verknüpft. Die Schweizer KMU sind hochinnovativ und können aufgrund der digitalen Vernetzung Gegenstand von Datendiebstahl oder Hackerangriffen bilden. Folglich haben die Behörden zum Schutze der KMU für die Internetsicherheit bzw. Internet-Polizei zu sorgen, selbstverständlich unter grösstmöglicher Wahrung der Wirtschaftsfreiheit. Es handelt sich hierbei um eine hoheitliche Aufgabe.

IV. Fazit

Der sgv positioniert sich im Bereich der digitalen Transformation mittelfristig als Leader der KMU-Politik. Die Möglichkeiten sind vielfältig, da der sgv bereits bei den übrigen Schwerpunktthemen der KMU-Politik die Führungsrolle hat. Die Einsetzung der Arbeitsgruppe für Digitalisierung ermöglicht es dem sgv, sich auf politischer Ebene als konstruktive Kraft für die Digitalisierung der KMU zu profilieren. Der Schwerpunkt liegt ganz klar auf der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts als Anpassung an den digitalen Wandel, auf der administrativen Entlastung der KMU und auf der Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Bern, 14. Januar 2021

Ressortleiter

Mikael Huber, Ressortleiter Digitalisierung und Handel
Tel.: 031 380 14 34; E-Mail: m.huber@sgv-usam.ch